

Sorge vor „Riesen-Klötzen“ in der Oststadt

SOZIALES Große Bauten könnten „Erfolg des Sanierungsprogramms im Leeraner Osten gefährden“

Die Pläne für eine Abschlussparty für das Förderprogramm Soziale Oststadt im Sommer liegen auf Eis. Zunächst müssen noch Regeln ausgearbeitet werden, die ein überdimensioniertes Bauen verhindern.

VON EDGAR BEHRENDT

LEER - Im Spätsommer 2019 sollte sie steigen – die große Feier zum Abschluss des Förderprogramms Soziale Stadt Leer-Ost. Doch obwohl die Prioritätenliste mit den Bauvorhaben abgearbeitet ist, wird daraus vorerst nichts. Die Party-Pläne liegen auf Eis. Der Grund: Es gibt auch in der Oststadt die Sorge vor Anträgen für so genannte „Riesen-Klötze“, die nicht in die Umgebung passen, sich aber nicht verhindern lassen.

Um überdimensionierten Bauten einen Riegel vorschieben zu können, wird die Arbeit im Sanierungsgebiet fortgesetzt. Aufgrund der aktuellen Problematik sei es wichtig, „sich mit der Innen-



Die Mauern wachsen zwar nicht in den Himmel – aber vielen Einwohnern gehen manche Bauten trotzdem zu hoch hinaus.

BILD: PIXABAY

entwicklung des Quartieres auseinanderzusetzen“, sagt Stadtbaurat Carsten Schoch.

Es gehe darum, „die Erfolge des Sanierungsprogramms nicht zu gefährden“. Bereits Ende vergangenen Jahres

hatte die Sanierungskommission grundsätzlich festgelegt, dass die bauliche Entwicklung im Quartier so zu steuern ist, „dass sich Neubaumaßnahmen in ihrer Kubatur und in der sonstigen äußeren

Gestalt in den städtebaulichen Maßstab und Kontext der jeweiligen Nachbarschaft einfügen“. Aktuell sei man dabei, die Vorgaben zu konkretisieren, sagt Schoch. Ähnlich wie es das bereits

fürs neue Fördergebiet in der Weststadt gebe, werde auch für die Oststadt ein Beurteilungsrahmen entwickelt, der Bauherrn helfen soll, „zu wissen, woran sie sind“, so der Stadtbaurat. In diesem Jahr sollen die Gremien darüber beschließen.

Die Abschlussparty muss warten. Wichtiger sei es, „dass sich die Oststadt weiter gut entwickelt“ und dieser Prozess nicht durch ein „unsensibles Vorgehen gestört wird“, so Schoch. In der Immobilienwirtschaft werde es als durchaus positiv gesehen, „dass allgemeinverbindliche Regeln“ aufgestellt würden.

Das Land Niedersachsen hatte die Oststadt von Leer bereits 2001 in das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgenommen. 19,4 Millionen Euro – zum Großteil Mittel von EU, Bund und Land – sind seitdem in unzählige Projekte geflossen, vor allem in den Straßenbau. 20 Prozent der Kosten hat die Stadt getragen. Weitere fünf Prozent haben Anlieger als Ausgleich für die Wertsteigerungen ihrer Häuser bezahlt.